

Liberales Argumente

- Nr. 22 / 17. WP
- **Finanztransaktionssteuer**

Die FDP-Bundestagsfraktion hält die Einführung einer nationalen oder auf die Länder des Euro-Raums begrenzten Finanztransaktionssteuer nicht für geeignet, um die Probleme auf den Finanzmärkten zu lösen.

Die Finanztransaktionssteuer trifft nicht Banken, denn sie reichen die Steuer wie die Umsatzsteuer an ihre Kunden weiter. Damit trifft sie den Fondssparer, den Kleinanleger und die Unternehmen in Deutschland. Die Finanztransaktionssteuer ist weder ein Allheilmittel gegen gefährliche Spekulation noch kann sie Staatshaushalte sanieren. Bestenfalls würde ihre Einführung keine Schäden verursachen, schlimmstenfalls würde sie zum Brandbeschleuniger inmitten der Euroschuldenkrise.

Es bestünde die Gefahr, dass Transaktionen vom regulierten deutschen Finanzplatz in unregulierte Finanzplätze wie beispielsweise London verlagert werden. In Zeiten des elektronischen Handels ist dies unkompliziert möglich. Dadurch würde insbesondere der Finanzplatz Frankfurt am Main geschwächt, Arbeitsplätze wären gefährdet.

Insbesondere die bisher bekannten Konzepte bestärken die FDP-Fraktion in der Auffassung, dass allenfalls eine EU-weite Einführung die wesentlichen Kriterien der effektiven Besteuerung erfüllen kann. Eine solche Steuer muss

1. effektiv erhoben werden können und darf nicht zu unangemessen hohen Bürokratiekosten führen, der Verwaltungsaufwand muss verhältnismäßig sein;
2. gleichermaßen bei allen Akteuren erhoben werden können, d.h. Informationsdefizite über steuerbare Vorgänge und Geschäftsverlagerungen dürfen nicht zu einer Umgehung führen;
3. sicherstellen, dass die damit beabsichtigten Einnahmen tatsächlich auch fließen;
4. ihre Ziele auch in der Praxis erreichen können, nicht nur in der Theorie.

Die bisher bekannten Ansätze einer Finanztransaktionssteuer erfüllen weder diese Kriterien noch ihre selbst gesteckten Ziele. Aus heutiger Sicht überwiegt der volkswirtschaftliche und ordnungspolitische Schaden den tatsächlichen Nutzen einer solchen Steuer auf Finanzgeschäfte.

Es ist völlig unklar, wie die Steuer in der Praxis effektiv erhoben oder im Ausland vollstreckt werden kann, ob eine Besteuerung von Akteuren außerhalb der EU überhaupt zulässig ist. Das hierfür immer wieder angeführte Prinzip der Besteuerung nach der Ansässigkeit des Anlegers in Europa schlägt fehl, weil es letztlich auf die Information der Behörden über ein tatsächliches Handelsgeschäft ankommt. Hierfür aber fehlen die Instrumente, bedarf es einer Kooperation mit ausländischen Behörden. Eine Besteuerung von Transaktionen außerhalb des EU-Raumes dürfte schon deshalb Theorie bleiben. Mit einem Alleingang in der Eurozone würde dieses Problem verschärft.

Vorhergesagte Mehreinnahmen entbehren jeder Grundlage. Vor allem das Derivategeschäft dürfte aus Europa abwandern. Den Berechnungen bisheriger Vorschläge liegt in aller Regel das Volumen der getätigten Finanztransaktionen zugrunde. Dabei wird nicht ausreichend berücksichtigt, dass diese im Falle der Einführung der Steuer deutlich zurückgehen würden. Vor allem professionelle Investoren würden die Steuer umgehen, indem sie Transaktionen an andere Handelsplätze verlagern würden. Daher gilt: Eine Finanztransaktionssteuer ist nur

sinnvoll, wenn sie in möglichst vielen Ländern der Welt, mindestens aber an allen Finanzplätzen Europas gleichzeitig eingeführt wird.

Die Eindämmung von Spekulationen ist fragwürdig. Eine Finanztransaktionssteuer stabilisiert die Märkte nicht, sondern destabilisiert sie. Marktteilnehmer würden bei tatsächlicher Besteuerung ihre Transaktionen verzögern, im Ernstfall aber umso heftiger und mit größeren Volumina agieren. Kursschwankungen und damit die Gefahr von Finanzkrisen würden damit sogar erhöht. Ihre Lenkungswirkung ist daher zweifelhaft. Im Übrigen gilt: Transaktionen und deren Häufigkeit waren kein unmittelbarer Grund für die Finanzmarktkrise.

Mit der Steuer verbundene Verlagerungsrisiken in weniger regulierte Märkte sind auch für die Finanzmarktstabilität kontraproduktiv. Jüngst beschlossene stärkere Kontrollen und mehr Transparenz im Wertpapier- und Derivatehandel würden ad absurdum geführt. Die Bemühungen um ausreichend liquide Finanzmärkte könnten mit einer Transaktionssteuer erheblich konterkariert werden. Gerade hier aber liegt ein Schlüssel zur Krisenbewältigung.

Es wird zu einer erheblichen Mehrbelastung für die privaten Anleger und die Realwirtschaft kommen. Die den Banken, Versicherungen und Fonds entstehenden Kosten würden zusammen mit den Gebühren einfach dem Kunden weiterbelastet. Höhere Zinsen für Kreditnehmer sowie niedrigere Renditen für Sparer und Anleger sind dann die Folge. Insbesondere Altersvorsorgeprodukte wären betroffen.

Viele Transaktionen sind wirtschaftlich sinnvoll und würden verteuert. Sie dienen der Kurssicherung (dem so genannten "Hedging"): Kreditgeber sichern ihre Zins- und Wechselkursrisiken ab, ebenso die stark exportabhängigen Unternehmen. Hinzu kommen Preissicherungsgeschäfte, vor allem bei Rohstoffen. Mit der Steuer verteuern sich also Kredite und Investitionen, mit negativen Wirkungen für den privaten Konsum, das Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Das führt zu Wettbewerbsnachteilen für deutsche Unternehmen am Weltmarkt. Gewinne und Steuereinnahmen in Deutschland würden sinken.

Das Ziel, mit der Finanztransaktionssteuer Verursacher der Finanzkrise an deren Kosten zu beteiligen, würde nicht erfüllt. Die Besteuerung von Finanztransaktionen ist wegen der geschilderten Verlagerungsgefahr und Überwälzungsmöglichkeit an die Kunden - anders als z.B. eine Finanzaktivitätsteuer - nicht geeignet, Banken und andere Finanzinstitute stärker zu belasten. Zudem ist Deutschland mit der von der christlich-liberalen Koalition eingeführten Bankenabgabe an der Stelle den anderen europäischen Ländern einen großen Schritt voraus.

Bisher existiert kein überzeugendes Beispiel einer erfolgreichen Finanztransaktionssteuer. Das bestätigen unzählige Studien einschließlich des Internationalen Währungsfonds. Aus den genannten Gründen schadet gerade eine Einführung der Steuer unterhalb der Ebene der Europäischen Union mehr als sie nutzt. Der Finanzstandort Deutschland würde nachhaltig geschwächt. Vor allem die Kunden der Finanzinstitute müssten die Steuer bezahlen. Solange eine praxistaugliche Lösung für eine zusätzliche Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise nicht absehbar ist, kommt eine Unterstützung der Liberalen im Deutschen Bundestag nicht in Frage.